

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— M., bei Selbstabholung 5.50 M., Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauschaer Str. 10/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13003. — **Verlag in Leipzig,**
Tauschaer Straße 10/21 — Telefon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 2.50 M., bei Platzvorschrift 3.— M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 2.— M.; Reklame-Kolonelle 10.— M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggelächte und alle Postanstalten entgegen.

Von der Konferenz in Washington.

Die Garantien Frankreichs.

Paris, 15. November. (Eigene Drahtmeldung.) Am Sonntag verhandelte der amerikanische Staatssekretär Hughes mit Irland und andern Vertretern der verschiedenen Delegationen über die europäischen Angelegenheiten und versuchte festzustellen, welche Garantien Frankreich von den alliierten Mächten fordern, um trotz der „deutschen Gefahr“ die notwendigen Abrüstungsbeschränkungen vorzunehmen. Auch das Reparationsproblem wurde kurz erörtert und Briand verlangte eine Präzisierung des amerikanischen Standpunktes zu der Frage, welche Sicherheiten Frankreich zur Erfüllung seiner Reparationsforderungen geboten werden könnten, wenn es auf seine militärischen Nachmittel in so weitgehendem Maße verzichten sollte. Die Kommissionen beschäftigten sich mit dem Abrüstungsprogramm. Japan drängt vor allem darauf, daß die Frage der offenen Tür in China nicht als selbständiger Punkt behandelt wird. An das Abrüstungsprogramm von Hughes geht man mit großer Vorsicht heran. Die Amerikaner erklären, daß ihr Schiffsbau durch Kongreßbeschlüsse festgelegt sei und nur durch einen Kongreßbeschlus aufgehoben werden könne. Dazu würde man sich nur auf Grund einer festen internationalen Abmachung entschließen. Man erwartet eine Erklärung des japanischen Vertreters und glaubt, mit einer ablehnenden Haltung Japans rechnen zu müssen. In den Telegrammen der japanischen Pressevertreter bei der Konferenz wird erklärt, daß die Annahme der amerikanischen Forderung durch Japan, soweit sie sich auf die Begrenzung der Rüstungen zur See erstreckt, die Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses unmöglich machen würde. Der Prozentfuß der Landstreitkräfte im Vergleich mit der Marine müsse geändert werden. Japan müsse verlangen, daß die Frage der britischen und amerikanischen Flottenstationen im Stillen Ozean, von denen Hughes nicht gesprochen habe, im gleichen unparteiischen Geiste gelöst werde.

Die Antwort Balfours.

Washington, 15. November. (N.) Wie ein hervorragendes Mitglied der britischen Delegation erklärte, soll Balfour am heutigen Dienstag die Erklärung abgeben, daß England die von Hughes bekanntgegebenen Vorschläge für die Beschränkung der Seerüstungen im Prinzip annimmt, daß die britische Regierung sich jedoch vorbehaltlich, eine Grenze der Zulässigkeit für den Unterseebootbau vorzuschlagen. Ferner soll die britische Regierung eine Aenderung der Vorschläge betreffend das Verbot von Eschbauten beantragen. Derselbe Gewährsmann sagte hinzu, die allgemeine Anschauung gehe dahin, daß die wirtschaftlichen Fragen einer späteren Konferenz vorbehalten bleiben sollten. Frankreich habe sich bereit erklärt, jetzt die Frage der Annullierung der Schulden aufzurollen.

Die Haltung der japanischen Delegation.

Washington, 16. November. (N.) Admiral Kato hat Journalisten gegenüber erklärt, Japan würde nicht mit Amerika und England in der Rüstung zur See weitelfern. Japan habe seine Kriegsschiffe nur zu Defensivzwecken gebaut und nachdem die Ursachen der japanischen Befürchtungen nicht beseitigt seien und auch Amerika von Japan nichts zu befürchten habe, könne eine Uebereinstimmung nicht ausbleiben.

Besprechungen über das Verhandlungsprogramm.

Washington, 14. November. Die Führer der Delegationen der fünf Großmächte Hughes, Balfour, Briand, Kato und Schanzer, trafen heute vormittag zusammen, um das Programm der Abrüstungskonferenz und das während der Konferenz zu befolgende Verfahren zu besprechen. Am Nachmittag hielten die Vertreter der fünf Großmächte mit den belgischen, chinesischen und portugiesischen Vertretern eine Besprechung über das Programm der Konferenz des fernern Ostens ab. Sobald das Programm für die Arbeiten der Konferenz endgültig festgelegt ist, wird es veröffentlicht werden.

Die vorläufige Dauer der Konferenz.

Washington, 14. November. (N.) Briand und Viviani luden den Senator Lodge in seiner Wohnung auf. Sie hatten mit ihm eine einstündige Besprechung, über deren Verlauf sie sich sehr befreudigt äußerten. Bei dieser Gelegenheit erklärte Viviani auch, die Konferenzarbeiten würden schnell zu Ende geführt werden. Die Hauptfragen würden bis zum 15. Dezember geregelt sein. Die Ausarbeitung der Einzelheiten überlasse man dann den Sachverständigenkommissionen. In ähnlichem Sinne äußerte sich auch Balfour gegenüber englischen Journalisten in Washington. Er sagte u. a.: Ich bin der Auffassung, die Konferenz entspricht den Wünschen der ganzen Welt und ich hoffe daher, daß sie sich nicht, wie die Amerikaner anfangs, monatelang hinziehen wird. Es liegt gar kein Grund vor, warum diese Konferenz ebenso lange dauern soll wie die Pariser Friedenskonferenz.

Die deutsche Währungsnotlage in Washington.

Paris, 14. November. (N.) Chicago Tribune meldet: führende amerikanische Finanzleute haben an den Senat und die Regierung eine Eingabe gerichtet, in der angesichts des rapiden Sturzes der deutschen Mark das Ersuchen gestellt wird, daß der Washingtoner Konferenz die Finanzfrage bzw. die Konsolidierung der Markwährung zur sofortigen Beratung zu stellen.

Weitergehende Forderungen Borahs.

Newyork, 14. November. Senator Borah hielt in einer Massenversammlung zugunsten der Westabrüstung eine Rede, in der er erklärte, die von Hughes gemachten Abrüstungsvorschläge gingen nicht weit genug.

Die Konferenzberatungen und die französische Presse.

Populaire schreibt, Präsident Harding habe tief menschliche Worte gesprochen. Wenn Worte allein Handlungen wären, hätte man das Recht, große Hoffnungen auf die Konferenz zu setzen. Aber seit einigen Jahren habe man derartige Neußerungen aus dem Munde der Regierenden zu oft vernommen, ohne daß ihre praktische Politik ihren Worten entsprochen hätte. Nicht immer sei der schlechte Wille der Individuen dafür verantwortlich, sondern viel eher der grundlegende Zustand der Dinge, so wie er in der heutigen Gesellschaft bestehe.

Gustave Hervé erklärt in der Victoire, er empfinde Eifersucht angesichts der Tatsache, daß die Vereinigten Staaten sich an die Spitze des Kreuzzuges gegen den Krieg gestellt haben. Frankreich habe die geistige Leitung der Welt verloren, die es durch Jahrhunderte zu bewahren gewußt habe. Diese Leitung sei an die Angeschlagen Amerikas übergegangen.

Im Figaro wird ausgeführt, die Nachfolger und Besieger Wilsons hätten einen Neo-Wilsonismus begründet, der den augrundlichen Erfordernissen der inneren und äußeren Politik der Vereinigten Staaten angepaßt sei.

Die Haltung der englischen Presse.

Times meldet, der Eindruck bei der britischen Delegation sei überwiegend günstig. Der amerikanische Plan müsse jedoch kritisch in allen seinen Einzelheiten und Ausführungen durchdacht werden. Admiral Kato habe erklärt, vom japanischen Standpunkt aus seien die Vorschläge des Sir H. Kellers Hughes logisch. Er empfehle den allgemeinen Grundsat, den Japan bis zum äußersten durchzuführen bereit sei. Japan sei ebenfalls bereit, die von Staatssekretär Hughes vorgeschlagene Stärke der britischen, amerikanischen und japanischen Flotte anzunehmen. Kato erklärte jedoch, bevor er nicht das Resultat der Beratungen der Sachverständigen erhalten habe, könne er sich von dem Umfang der amerikanischen Vorschläge keine Vorstellung machen.

Der Berichterstatter des Daily Express meldet, man verheimliche sich nicht, daß der schwerwiegende diplomatische Kampf wegen der offenen Tür in China noch bevorstehe. Hier hätte England den Schlüssel der Washingtoner Konferenz in Händen. Außerdem berichtet der Korrespondent, die amerikanischen Delegierten würden den Versuch unternehmen, die Aufhebung des englisch-japanischen Bündnisses zu erzielen.

An den ersten Konferenztagen sind von Harding und seinem Vertreter Hughes bombastische Programme verkündet worden, die sich zunächst mit der Stellung Amerikas zum Wölterbund, der Lage Frankreichs und Englands beschäftigen, um dann auf das eigentliche Ziel der Konferenz, die Haltung gegenüber China, zurückzukommen. Von großem Eindruck waren bei den Delegierten die Vorschläge, die der Führer der amerikanischen Gesandtschaft Hughes über die Abrüstung machte. Er forderte, daß der Bau aller Großkampfschiffe auf Grund der gegenwärtigen Flottenprogramme aufgehoben werde. Die Vorschläge der amerikanischen Regierung sind nichts anderes als die Aufrechterhaltung des Status quo und dadurch charakterisiert sich bereits das Bestreben, eine Abrüstung herbeizuführen. Von den Rüstungen zu Lande ist zunächst überhaupt nichts bemerkt. Man versucht, diese Frage insgeheim mit Briand zu regeln, der andererseits erklärt, daß Frankreich in Bezug auf die Flottenrüstungen nur untergeordnetes Interesse habe. Auf Grund der Vorschläge Hughes' soll England weiterhin die Vormacht auf den Meeren bilden, an zweiter Stelle folgt Amerika, dem sich Japan anschließen soll. Die Engländer haben, wie gemeldet wird, in unverbindlicher Form ihre Zustimmung zum Teil ausgesprochen, während die Japaner den Vorschlägen der Amerikaner mit einiger Bitternis entgegensehen. Zwar sind offizielle Neußerungen der Delegationen bisher nicht gefallen, immerhin aber wird Japan gewichtige Gegenforderungen stellen, die insbesondere die Vereinigten Staaten und England treffen werden, insofern, als beide Länder durch starke Inzestbesetzungen im Stillen Ozean den Japanern in ihren Ausdehnungsbestrebungen starke Widerstände entgegensetzten.

Ramsay MacDonald erklärte in einer Rede zu Newcastle, daß die Konferenz in Washington nichts anderes sei als eine Wiederholung der Haager Abrüstungskonferenz. Damals wurden unter der Führung des Jaren von Philantropismus tiefende Reden gehalten, große Abrüstungsprogramme verkündet und zuletzt blieb doch wieder alles beim alten, da eben die wirtschaftlichen Verhältnisse, der Druck, sich ausbehalten zu müssen, stärker sind als der Eindruck all jener schönen Reden, die an Konferenztagen gehalten werden. Die Amerikaner verzichteten in den Vorschlägen von Hughes großzügig auf die Vorherrschaft über die Meere, aber die wirtschaftlichen Verhältnisse werden die Amerikaner dazu zwingen, ihren eigenen Vorschlägen ins Gesicht zu schlagen. Bileicht wird man auf der Konferenz zu irgendeiner Einigung gelangen, aber die Beteiligten werden eine Form finden, um ihre Flottenbauten trotzdem weiterführen zu können, wenigstens in England, das durch den Weltkrieg in seiner finanziellen Betätigung stark beschränkt worden ist, scheint den Vorschlägen der Amerikaner zustimmen zu wollen, aber nur darum, weil ihm die Armee durch den Weltkrieg erheblich gebunden worden sind. Japan aber und die Vereinigten Staaten mit ihren awastigen überschüssigen Kapitalen werden nur allzu bald den Abrüstungsvertrag, sofern er überhaupt zustande kommt, zu den Akten legen.

Der Imperialismus, getragen von Finanzkapital, wird in Japan und den Vereinigten Staaten gebieterisch seine Rechte fordern.

Die Diktatur der Großindustrie.

Von Bruno Uch.

Die einsetzende Rede des stellvertretenden Finanzministers Hermes zu den Steuervorlagen zeigte die furchtbare Notlage der Reichswirtschaft in blassen Zahlen, deren erschreckende Höhe bei der Gewöhnung des Volkes an Milliardenziffern allerdings kaum klar in das Bewußtsein der gesamten Bevölkerung getreten sein dürfte. Der Rückgang der Reichsmark am internationalen Geldmarkt und die dadurch herbeigeführte maßlose Erhöhung des Preisniveaus aller lebenswichtigen Güter dürfte aber doch in den breitesten Massen erneut das Gefühl für die katastrophale Lage unserer Staatswirtschaft geweckt haben. Diese Geldentwertung und ihre unmittelbaren Folgen zeigen aber auch, daß der von uns vertretene Standpunkt richtig bleibt, daß die schwerste Form der indirekten Besteuerung, gegen die alle Steuermaßnahmen der berechtigten Verloben steuerlicher Ausaugung ein Kinderpiel berechtigten Verloben steuerlicher Senkung des Marktwertes liegt, unter der in erster Linie die Lohn- und Gehaltsempfänger sowie die Besitzer von Geldwerten zu leiden haben. Unter diesem Gesichtspunkt muß deshalb auch unsere Stellungnahme zu den vorliegenden Steuergeetzen festgelegt werden. Wir müssen mit aller Entschiedenheit den Willen bekunden, dafür Sorge zu tragen, daß endlich in die Finanzwirtschaft des Reiches Ordnung gebracht werde, d. h. daß die laufenden Ausgaben der öffentlichen Körperschaften durch entsprechende Einnahmen gedeckt werden und die bisherige Methode der ununterbrochenen Transspruchnahme des Kredites bei der Reichsbank keinesfalls länger fortgesetzt werden darf. Die jetzige Form der Finanzierung des Reichsbedarfes durch die Schaffung zusätzlicher Kaufkraft (Ausgabe von Banknoten und Kreditinflation) muß in der Richtung einer ständigen Entwertung der Mark wirken und es ist keine Gelundung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse denkbar, die nicht ihren Ausgangspunkt in der Ordnung des Reichshaushaltes und der Stilllegung der Notenpresse für öffentliche Ausgaben hat.

Der Ausgleich zwischen Ausgaben und Einnahmen im Reichshaushalt ist aber nicht dadurch möglich, daß immer neue Steuerarten zu den bestehenden hinzugefügt und die Sätze der bisherigen Steuern automatisch erhöht werden, sondern einzig und allein durch einen großen, weitstehenden Reformplan, der sich auf der schärfsten Vermögenbesteuerung aufbaut. Es ist ein schmachvoller Zustand, daß die Massen der Bevölkerung immer weiter verelenden, das Reich dem offenen Bankrott entgegengetrieben wird und gleichzeitig eine große Zahl von Kapitalisten Reichtümer über Reichtümer häuft und noch nie so umfangreiche Gewinne zu realisieren vermocht hat wie im Laufe der letzten Jahre. Nicht nur nominelle Gewinne, die aus der Geldentwertung stammen, also für den gleichen Besitz andre Wertzahlen zeigen, sondern tatsächlich Besitzmehrung in einem teilweise phantastischen Umfange. Die Vermögensbesteuerung wird aber nicht in der fiskalischen Form bisheriger Steuerpolitik auf die Erfassung von Geldsummen ausgehen dürfen, sondern in erster Linie auf die Beteiligung des Reiches an den produktiven Unternehmungen hinauslaufen müssen. Es wird also darauf ankommen, die Sachtitel in beträchtlichem Umfange in die Hand des Reiches zu überführen und dadurch dauernd fließende Einnahmen zu schaffen, deren Höhe immer in einem untreudbaren Zusammenhang mit dem Gedeihen der Volkswirtschaft stehen, dem Reiche also einen festen Anteil an der Entwicklung sichern würde. Der Steuerhinterziehung, die in der gegenwärtigen Zeit geradezu Organisiert ist, könnte auf diese Weise wirksam begegnet und außerdem eine Grundlage für die Erzielung von ausländischem Kredit für das Reich gewonnen werden. Gegen diese Form der Steuergesetzgebung läuft allerdings die gesamte kapitalistische Gesellschaft Sturm und mobilisiert die ihr verbundene Presse, weil dadurch zum ersten Male statt der bisherigen Schonung der Besitzenden in umfassendem Maße eine wirkliche Vermögensbesteuerung durchgeführt werden würde. Die „Erfassung der Sachwerte“ aber ist für das Proletariat eine lebenswichtige Forderung, weil dadurch die Möglichkeit gegeben erscheint, der Geldentwertung und ihren unheilvollen Folgen für die Lebenshaltung der breiten Massen und die gesamte Wirtschaft erfolgreich entgegenzuwirken und die Grundlagen für einen Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft zu schaffen.

Die Kreditaktion der Industrie, die zur Beschaffung von Devisen für die Leistung der Reparationsverpflichtungen dienen soll und die scheinbar in derselben Richtung verläuft, ist in Wirklichkeit gerade das Mittel, mit dem sich das Kapital der Erfassung der Sachwerte entziehen will. Dadurch, daß die Kreditaufnahme im Auslande rein privatwirtschaftlich von der deutschen Industrie betrieben werden soll, wird der Einfluß und die Macht dieser Kreise ständig wie ein Damoklesschwert über dem Haupte jeder deutschen Regierung schweben, deren Schicksal von der guten Laune und der Zufriedenheit der Großindustrie mit ihren Maßnahmen abhängen wird. In welcher Richtung die Dinge laufen sollen, kann gar nicht klarer zum Ausdruck kommen als in der Resolution, die auf der Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der deutschen